

# Mazedonien

Wim van Meurs

Die frühere jugoslawische Teilrepublik Mazedonien erhielt am 17. Dezember 2005 den Status eines Beitrittskandidaten. Angesichts der parteipolitischen Unbeständigkeit, der kritischen Umsetzung des Ohrider Abkommen (2001) zwischen slawischer Mehrheit und albanischer Minderheit (25% nach der Volkszählung von 2002) und den Transformations-schwierigkeiten gilt die EU-Perspektive als wichtiger Stabilitätsfaktor. Aus Brüsseler Sicht ist Mazedonien das Erfolgsbeispiel der europäischen Konfliktransformation sowie der Verzahnung der Instrumente und Strategien der Kommission mit denen der GASP.

## Innenpolitik

Die neue Regierung von Premier Nikola Gruevski (14. August 2006) ist eine Fünfparteienkoalition, die um ein mazedonisch-albanisches Tandem gruppiert ist. Nachdem die Wähler am 5. Juli wiederum die bestehende Koalition aus mazedonischer Sozialdemokratischer Union (SDSM) und albanischer DUI (Demokratische Union für Integration) abgewählt hatten, formierten sich die national-konservative VMRO-DPMNE (Innere Mazedonische Revolutionäre Organisation – Demokratische Partei für die Mazedonische Nationale Einheit) und die DPA (Demokratische Partei der Albaner) zu einem neuen Tandem. Die DUI hatte im Wahlbündnis mit der PDP (Partei des Demokratischen Fortschritts) die Mehrheit der albanischen Stimmen erreicht. Unter Verweis auf die interethnische Kohabitation des Ohrider Vertrages versuchte sie, eine Regierungsbeteiligung einzuklagen und mit Straßenblockaden zu erzwingen. Neu war, dass einige Schlüsselministerien mit Diaspora-Technokraten mit Erfahrung in internationale Organisationen besetzt wurden.<sup>1</sup>

## EU- und NATO-Integration

Mazedonien war am 22. März 2004 das erste Land, das dem Beispiel Kroatiens folgte und den Antrag auf EU-Mitgliedschaft stellte. Trotz der eigenen Verfassungs- und Finanzkrise der Union<sup>2</sup> folgte der Europäische Rat im Dezember 2005 der Empfehlung der Kommission und verlieh den Kandidatenstatus. Ein Datum für die Eröffnung der Beitrittsverhandlungen steht noch aus.

Zu den von der EU angemahnten Reformen gehören Polizei, Justiz, öffentliche Verwaltung sowie Korruptionsbekämpfung. Die EU-Forderung nach Novellierung des Wahlgesetzes wurde nach den Unregelmäßigkeiten bei den Kommunalwahlen im März 2005 noch vor den Parlamentswahlen umgesetzt. Das Ziel der EU-Integration ist unter den skopioter Politikern wie bei der Bevölkerung Konsens.<sup>3</sup>

---

1 Deutsche Welle, Fokus Ost-Südost (02.08.2006; 17.08.2006).

2 ESI, *Moment of Truth* (14.12.2005) [www.esiweb.org](http://www.esiweb.org); W. van Meurs, „Die EU und der Balkan“ *Ost-West Gegeninformationen* 17/1 (2006).

3 ISPJR, *Barometer: Current Events and Political Parties Development in the Republic of Macedonia* 14 (Juni 2006).

Die EU-Polizeimission Proxima wurde am 14. Dezember 2005 durch die EUPAT-Mission für Polizeiberatung ersetzt: Mazedonien wollte angesichts des anhängigen EU-Antrags das Stigma des Krisenmanagements loswerden, ohne auf die EU-Unterstützung bei der Polizeireform zu verzichten. Im Juni 2006 wurde diese Aufgabe einem Beobachtungsteam im Rahmen des CARDS-Programms übertragen. Erwan Fouéré wurde im Oktober 2005 zum „double-hatted“ EU-Sonderbeauftragten ernannt.<sup>4</sup>

### **Wirtschaft, Privatisierung und Handel**

Mit 37% Arbeitslosigkeit und umfangreicher Schattenwirtschaft, sowie großen Handelsbilanzdefiziten ist Mazedonien eines der ärmsten Länder Europas. Im Gegensatz zu den anderen Westbalkanländern konnte es in den letzten Jahren kein substantielles Wirtschaftswachstum verzeichnen. Das traditionell strukturschwache Land wird durch die schwierigen politischen Beziehungen zu den großen Nachbarn Griechenland (wegen der Namensfrage) und Serbien gebeutelt, die dennoch mit Deutschland, Russland und Italien die wichtigsten Handelspartner sind (2005). Die profitablen Staatsbetriebe wurden bereits privatisiert. Das Jahr 2005 verzeichnete 4% Wachstum und sinkende Auslandsdirektinvestitionen (weniger als 100 Mio. Euro). Die Staatsschuld beträgt fast 40% des BSP, die Importe übertreffen die Exporte um 60%. Somit sind auch die gegen Null tendierende Inflationsrate und der Dienstleistungsanteil von über 60% im BSP eher Zeichen von Stagnation.<sup>5</sup>

### **Die Umsetzung des Ohrider Abkommens und die Nachbarbeziehungen**

Die Bewertung des Ohrider power-sharing Abkommens vom 13. August 2001 und dessen Umsetzung durch die mazedonische Politik ist heute durchweg positiv. Die Dezentralisierung und die kommunale Neuordnung sorgten zuletzt 2004 für größere politische Spannungen.<sup>6</sup> Heute könnte die Zurückverweisung von Kriegsverbrecheranklagen – u.a. gegen den früheren Innenminister Ljube Boskovski – durch das Haager Tribunal an die mazedonischen Gerichte die innere Stabilität belasten. Die Kehrseite ist, dass das verbrieftete Recht einer proportionalen Beteiligung der Albaner an den Staatsinstitutionen die ohnehin endemische Korruption und den Klientelismus nur anschwellen lässt.<sup>7</sup> Außerdem kollidiert die Forderung nach Öffnung der Verwaltung für Albaner mit dem EU-Kriterium des Bürokratieabbaus. Bei Versuchen, Grauzonen außerhalb des Zugriff der Staatsgewalt zu errichten, wie zuletzt im Frühjahr 2005 in Kondovo, sind ethnische und kriminelle Motive unentwirrbar. In der Kosovo-Frage selbst wird das Ohrider Model einer dezidiert nicht-territorialen Autonomie von den Albanern der Forderung der serbischen Minderheit nach einem Dayton-ähnlichen Staat-im-Staat entgegengehalten. Auch der Konflikt zwischen der autokephalen Mazedonischen und der Serbischen Orthodoxen Kirche, der zuletzt im Herbst 2005 aufflammte, als der serbische Erzbischof Jovan von Ohrid verhaftet wurde, hat die bilateralen politischen Beziehungen zu Belgrad in Mitleidenschaft gezogen. Obwohl Politiker derartige national-emotionale Reizthemen immer wieder zum Anlass nehmen, um von den eklatanten Defiziten im Transformationsmanagement<sup>8</sup> abzulenken, scheinen sich solche riskanten Aktionen für den Moment dank des Ohrider Abkommens und der EU-Perspektive in Grenzen zu halten.

---

4 ICG, *Europe Briefing* 41 (12.01.2006).

5 Nationales Statistikamt, [www.stat.gov.mk](http://www.stat.gov.mk); UNDP, *Early Warning Report Macedonia* (Dez. 2005).

6 A. Petrusева, *IWPR/Balkan Insight* (03.08.2006); ICG, *Europe Briefing* 37 (25.02.2005).

7 F. Cvetkovska, *IWPR/Balkan Insight* (03.08.2006).

8 Rang 42 im Bertelsmann Transformation Index 2006, [www.bertelsmann-transformation-index.de](http://www.bertelsmann-transformation-index.de).